Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 21

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schachteln umher und rufen «Russen raus». Die Eltern, ängstlich über mein Eindringen in die Hinterhöfe, winken mir zu als sie merken dass ich Ausländer bin und nicht schnüffle.

Die Baustellen scheinen fast still zu liegen. Ein befragter Arbeiter antwortet: «Was wollen sie, für die tun wir's nicht gerne, die «Ruhr»-epidemie kam uns gelegen, wir hatten Zeit für uns.» In einem Pavillon wird für Ostberlin geworben, viele Kopfhörer stehen zur Verfügung, man hört Hitler, Göring, Pieck und Ulbricht, auch Westsender. Ich blättere im Gästebuch. Oha, viele positive Schweizer Kommentare von welschen Besuchen.

Einen guten Eindruck hinterliess die Disziplin im Alltag, ich sah nie etwas Unanständiges, keine Schundhefte, keine Pöbeleien, was auch gesagt sein darf. (Der Kommunismus zeigt ganz allgemein puritanische Züge; das ist übrigens bei einem System, das keine persönliche Ausprägung gestattet die nicht seinem Ziel untergeordnet ist, auch kaum verwunderlich. Die Ausschweifung wird als Abschweifung von der erwünschten Norm bekämpft. Dagegen ist gerade die sowietzonale aussenpolitische Propagandapolemik etwa gegen Bonn oft genug von obszöner Primitivität.) Abends besuchte ich das Ostkabarett «Die Zwiebel». Ich war überrascht, was die sich erlauben durften, obwohl sie in Leipzig einen Verweis erhalten hatten. Da hörte ich: «Adenauer verzage nicht / Ueber die

Das Interesse der Bevölkerung am Mai-Umzug: Keine Zuschauer, die «Demonstranten» verlassen die Reihen.

Russen gibt es keine Garantie / Dieser dumme Student hätte doch gleich Maurer werden können / Der, der hinter dem Rednerpult steht und immer was Grundsätzliches auslässt / Das geht nicht nur den Parteisekretär an, sondern auch die Funktionäre» usw. (Interne Kritik, die den Planzielen dient, wird allerdings nicht nur gestattet, sondern gefordert. Parteifunktionäre sind sogar besonders exponiert. Nicht, weil sie den Willen der Partei vertreten, sondern weil sie ihn schlecht vertreten. In der SBZ hört die persönliche Kritik beim Ersten Parteisekretär auf. Wer Ulbricht kritisiert, «unterwühlt die sozialistische Gesellschaft» und «steht im Sold der faschistischen, imperialistischen, reaktionären, revanchistischen, friedensfeindlichen Propaganda.)

FDJ-Gespräch: Beim Mittagessen hatte ich die Gelegenheit mit FDJ-Jungens und -Mädchen zu reden. Ich habe zwar stets starkes Interesse für den Kommunismus gezeigt, aber frei heraus, ich schäme mich meiner Unfähigkeit als Diskussionspartner. Gewiss, die Blauhemden sind geschult, gedrillt und sprechen nicht nach eigenen Erfahrungen, aber ich konnte zuwenig Kenntnisse entgegensetzen. Allgemein waren die FDJ-Leute keine fanatischen Anhänger des Regimes, aber sie verlangen von jedem Weltbürger Freude und Willen zur Geschichtskenntnis (haben aber Kenntnis der kommunistischen Geschichtsschreibung zu fürchten; sie KB, Nr. 18, «Doppelt belichtet»). Sie hegen, wie auch allgemein die prowestliche Ostbevölkerung, eine Antipathie gegen die Interesselosigkeit des Westdeutschen, dessen Gleichgültigkeit (mit Recht) ungern gesehen wird. Gegen die Schweizer wird prinzipiell nichts Schlechtes gesagt. Die Leute wissen, dass es uns besser geht, das ist ihnen trotz Lehrbücher kein Geheimnis! Einige dem Westen nicht abgeneigte FDJ-Jungens sind überzeugt, dass der Westen die Berliner Abkommen gebrochen habe und bedauern es. Wie dem entgegentreten ohne fundierte Kenntnisse? Ahnungen habe ich schon, und einem Schweizer trauen sie. Leider kann ich als Student in dieser Beziehung auf keine genügende Gymnasialbildung zurückblicken, bei 1939 hörte der Geschichtsunterricht auf (dafür hat man im Sinn eventuell Filmunterricht einzuführen), aktuelle politische Fragen werden aus Angst vor Beeinflussung nicht erörtert und kürzlich wurde einer Maturaklasse, die ihre Reise eventuell nach Berlin machen wollte eine solche Fahrt nicht erlaubt mit dem Hinweis: «Politische Reisen sind verboten.» (Eine anscheinend immer noch landläufige Verwechslung von interner Parteipolitik mit jener entscheidenden Auseinandersetzung, in der unsere Demokratie mit ihrem freien Spiel der Parteien selbst auf dem Spiel steht.)

Die FDJ-Leute bedauern den niedrigen Lebensstandard, aber, dass sie eine «geschichtliche Epoche voraus» seien, tröstet sie darüber hinweg. (Die Vertröstung auf eine ungewisse Zukunft ist laut Lenin «Opium für das Volk».)

Mit dem Volke kam ich langsam und vorsichtiger auch ins Gespräch. Wo viele Menschen sind, wird laut und offen geredet, jedoch zu zweit scheut man sich zu zeigen. Nur so werden anscheinend die Leute gefasst, vor der Masse fürchten sich die Ordnungskräfte. Was ich da hörte war schrecklich, Klagen, Angst, Not. Mehrmals fragten mich Leute nach Fluchtmöglichkeiten in Berlin oder über Polen. Man erkundigte sich selbst nach der Herstellung von Plastikbomben, denn, sollten sie auf der Flucht erschossen werden, so wollten sie «doch einige mitnehmen...» Es herrscht eine gewisse Panik und Verzweiflung, sogar die Ueberzeugung (mehrmals wörtlich gehört), dass Ulbricht einen Bürgerkrieg beginnen werde dass aber, bei einem sofortigen Kontern des Westens die Ostdeutschen, Polen und Tschechen meutern würden, bei einem Abwarten hingegen nicht. Trotz dem Freiheitsdrang beklagen sich doch einige, dass es dem Westen nie um den unterdrückten Menschen ginge, sondern nur um die Machtposition und das in Berlin investierte Geld. Die Defensive ist ungern gesehen, man fordert eine gewisse politische Aktivität und Aggressivität. Wer die Zustände gesehen hat, ist erschüttert. Ich spürte nur den Hauch der Verzweiflung. Der wirkliche Druck muss unerträglich sein.

Wirtschaft

SBZ

Grossbetrieb mit Rückstand

Zwölf Millionen Mark Exportplan-Rückstände hatte der volkseigene Betrieb Ernst-Thälmann-Werk, Magdeburg, mit rund 10 000 Arbeitern und Angestellten der grösste Schwermaschinenbau-Betrieb der Sowjetzone, am 10. Mai 1962. Die Schuld daran liege nicht bei den Arbeitern, die die Kennziffern der Arbeitsproduktivität übererfüllt haben, sagte der Hauptdirektor der Vereinigung volkseigener Betriebe für Schwerindustrie und Getriebebau auf der Betriebsdelegiertenkonferenz der SED, sondern an der Werkleitung.

Die SED-Parteiorganisation hat den Werkleiter des Ernst-Thälmann-Werkes, Ernst Hoberg, beauftragt, der Partei sofort einen exakten Plan vorzulegen, wie die zwölf Millionen Exportrückstände aufgeholt werden können. Werkleiter Hoberg antwortete darauf, die Arbeiter müssten die Arbeitsproduktivität anstatt um 10,3 um 11 Prozent steigern. Dann könne das Werk für zwei Millionen Mark mehr produzieren und in einigen Monaten die Exportschulden tilgen.

Soziales

Ungarn

Klassenfeind und Fachmann

Das Budapester Blatt «Magyar Nemzet» berichtete seinen Lesern, dass einer der prominentesten ungarischen Gartenbauspezialisten der Vorkriegszeit in einer Gärtnerei als gewöhnlicher Arbeiter beschäftigt sei.

Vor 1945 sei Laszlo Farkas eine sehr geachtete Persönlichkeit gewesen, erinnerte das Blatt seine Leser. Er war der Verfasser eines bekannten Werkes über Gartenbau, war Doktor der Philosophie und sprach fliessend mehrere Sprachen. Er zählte aber auch zu den Grossgrundbesitzern und das war das ihm zur Last gelegte Verbrechen.

Nach der kommunistischen Machtübernahme konnte Farkas nur als Nachtwächter oder ungelernter Arbeiter sein Brot verdienen — und das zu einer Zeit, wo sein Land nicht nur vor ungelösten landwirtschaftlichen Problemen stand, sondern wo es auf dem Gebiet des Gartenbaus Schwierigkeiten zu meistern gab.

Das Blatt war der Meinung, dass Farkas, der heute immerhin schon 77 Jahre alt sei, mehr für sein Land leisten könnte, als in einer gewöhnlichen Gärtnerei zu arbeiten und drängte darauf, ihm die Gelegenheit zu geben, sein Wissen wieder der Allgemeinheit zugute kommen zu lassen. Die Tatsache, dass die ungarische Presse diese neue Haltung einem Mann gegenüber einnehmen kann, der bis jetzt zu den «Klassenfeinden» gehörte, ist symptomatisch für die Anstrengungen, die das Kadar-Regime neuerdings unternimmt, um Fachleute und erprobte Verwaltungsexperten in Stellung zu bringen, die früher unqualifizierten Parteifunktionären vorbehalten waren.

Vom stellvertretenden Minister abwärts finden jetzt auch Nichtkommunisten Eingang in führende Positionen.

Geopolitik

Polen

Woche der Polnischen «Westgebiete»

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden ehemalige deutsche Ostgebiete Polen «aufoktroyiert». Allerdings: die Londoner Emigrantenregierung wollte diese Gebiete nicht annehmen. Aber die Sowjetunion erhob Anspruch auf die polnischen Ostprovinzen. Als «Lohn» für die «Befreiung» Polens. Dieses erhielt dafür an der Postdamer Konferenz 1945 die ostdeutschen Gebiete östlich der Elbe und Oder. All dies trotz der Atlantikcharta vom 12. August 1941, welche territoriale Veränderungen nur auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes zuliess und der sich die Sowjetunion am 1. Januar 1942 angeschlossen hatte. Die Sowjetunion nahm Polen 181 000 Quadratkilometer mit 11 800 000 Einwohnern; somit die Hälfte des frühern polnischen Staatsgebietes und einen Drittel der Bevölkerung. Dafür wurde Polen mit 102 630 Quadratkilometer deutschen Gebietes entschädigt. Zwar erfolgte die Uebergabe in Potsdam nur zur Verwaltung und nur bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages. Aber Polen hat sich diese Gebiete völlig einverleibt.

In jenen Gebieten, die Polen unter Verletzung annektierte, lebten seinerzeit 8,5 Millionen Menschen, fast ausschliesslich Deutsche. Ueber 7 Millionen wurden vertrieben, und nur 900 000 «Urbewohner» verblieben hinter der neuen Oder-Neisse-Grenze. Diese Gebiete wurden zuerst als «zurückgewonnene» Gebiete bezeichnet (Ziemie odzykane). Offiziell hiess es: «Die uralten polnischen Gebiete kehren mit Hilfe der Sowjetunion zu Polen zurück.» Da aber später die polnische Propaganda einsehen musste, dass sie mit derartigen Lügen nicht weiterfechten konnte, nannte sie diese Teile unverfänglich «Westgebiete».

1961 wohnten in diesem «Westgebiet» wiederum 7,9 Millionen Menschen. 7 Millionen waren somit angesiedelt worden! Und zwar 3,8 Millionen aus ost- und zentralpolnischen Gebieten, 3 Millionen Polen und Ukrainer, welche die sowjetbeherrschten Ostprovinzen verlassen hatten und 200 000 polnische Heimkehrer aus Russland («Tribuna Ludu», 9. Mai 1959).

Diese Gebiete, erst teilweise bewirtschaftet, liefern 25 Prozent der industriellen Landesproduktion, beinahe 31 Prozent der elektrischen Energie, 69 Prozent Braunkohle, 42 Prozent Schwefelsäure und 52 Prozent Kunstdünger. Nach den neuesten geologischen Entdeckungen steht diesen Gebieten ein grosser Aufschwung bevor.

Gomulkas Regime setzt die Polonisierung dieser Gebiete mit Energie fort. Während das frühere Regime lediglich «administrative Mittel» einsetzte, verschiebt Gomulka seine Anstrengungen auf die «gesellschaftliche Ebene». Neben einer speziellen Regierungskommission wurde eigens eine Gesellschaft gegründet, die in allen grossen Städten ihre Büros besitzt. Sie zählt heute 130 000 Mitglieder und 3000 lokale Zirkel. Ihre Referenten hielten in den letzten 5 Jahren mehr als 100 000 Vorträge. Die Gesellschaft hat engste Verbindung mit der Polonia (kommunistische Betreuungstelle für Auslandpolen), die via ausländische Zweigstellen vor allem die USA-Polen für die Ansiedlung in den «Westgebieten» gewinnen will.

Ein wissenschaftlicher Rat der Gesellschaft behandelt die geschichtliche Entwicklung dieser Gebiete, um ihren «urpolnischen Charakter» zu beweisen. Für die Forschungsarbeit des Rates gibt der Staat grosse Summen aus. Die polnischen Historiker wurden aufgefordert, sich für diese patriotische Tat einzusetzen. Spezielle Zeitschriften wurden gegründet, darunter «Polska Zachodnia» (Westpolen).

Jeden Mai organisiert die Gesellschaft im ganzen Lande die «Woche der Westgebiete», um Propaganda für die «Friedensgrenze» zu machen. Auch dieses Jahr wurden hiefür Historiker, Schriftsteller und Wirtschaftsfachleute aufgeboten, und die Führer der Partei veranstalteten Kundgebungen, um immer neu zu versichern: «Die polnische Westgrenze ist fester denn je!»

Landwirtschaft

SBZ

Arbeiter kontrollieren Bauern

Erheblich rückständig ist die Frühjahrsbestellung in den Landkreisen um Dresden. Aus diesem Anlass hat die Bezirksleitung der SED Dresden in der Woche vom 7. bis zum 13. Mai Industriearbeiter «aufs Land geschickt». Nach Feierabend sollen sie vor allen Dingen bei der Kartoffelpflanzung helfen, ausserdem aber kontrollieren, ob die für den Anbau von Kartoffeln und Mais bestimmten Flächen tatsächlich bestellt worden sind.

Die SED-Bezirksleitung gab weiter bekannt, dass zahlreiche Landwirtschaftsfunktionäre «zur Verantwortung gezogen» worden seien, weil sie trotz des guten Wetters weder die zur Verfügung stehenden Maschinen noch die Arbeitszeit voll ausgenutzt hätten. In einzelnen Kreisen des Bezirks Dresden ist der «Notstand» ausgerufen worden durch den die gesamte Dorfbevölkerung zum Pflichteinsatz bei der Frühjahrsbestellung verpflichtet wurde.

Ideologie

Bulgarien

Reparaturen am Leck

Der XII. Parteikongress der KPdSU hat, wie erinnerlich, einen recht unerwarteten Verlauf genommen. Das neue Programm und das neue Statut der KPdSU traten in den Hintergrund und das Hauptgewicht wurde auf die Verdammung von Albanien — gemeint war China — gelegt. Der Angriff gegen den Dogmatismus der orthodoxen Stalinisten wurde schwach kompensiert durch einen Angriff gegen den Revisionismus. Die Abgrenzung gegen links und rechts soll bedeuten, dass die Sowjetunion sich auf einem Mittelkurs befindet. Was diese Mitte ist, lässt sich allerdings nicht theoretisch bestimmen, sondern ergibt sich aus der Machtfülle der sowjetischen Führung: ihre Richtung ist der richtige Kurs.

Dieser Unfehlbarkeitsanspruch ruft bei den Satelliten nicht geringe Verwirrung hervor, gerade nach den undogmatischen Ergebnissen des XII. Parteikongresses der führenden Partei. Das ideologische Chaos muss behoben werden. Zu dem Zwecke unternehmen die wichtigsten Ideologen der Sowjetunion Rundreisen, um heilend, helfend und vorbeugend einzugreifen.

Schelepin war in Budapest, während Nummer 2 der Parteitheoretiker, Iljichew, Sofia und danach Prag aufsuchte. In Bulgarien wurde eine Landeskonferenz über die Fragen der parteiideologischen Arbeit organisiert. Unter Anwesenheit von Iljichew hielt Mitko Grigorov das Hauptreferat, das Rückschlüsse auf die behandelten Fragen zulässt. Ueber die «lebendige und bedeutende Rede» von Iljichew wurde nämlich nichts berichtet.

Grigorov gab zu, dass die «antimarxistischen» Tendenzen des Personenkults noch nicht völlig ausgerottet und die Fehler Stalins und Tscherwenkovs (des verurteilten bulgarischen Stalinisten) noch nicht durchwegs korrigiert worden seien. Die bulgarische Literatur sei deshalb zu säubern. Neben dem Kampf gegen den Nationalismus müsse ein verschärfter Kampf «gegen die religiösen Ueberbleibsel» treten. «Es muss gesagt werden, dass in letzter Zeit die religiöse Propaganda verstärkt wurde. Es kommt nicht selten vor, dass in dieser Propaganda gegen den Sozialismus und die Volksmacht gesprochen wird...» In der Kulturpolitik fordert Grigorov eine schärfere Ausrichtung auf die ideologischen Bedürfnisse. Auch den Anliegen der kommunistischen Erziehung müsse vermehrt Rechnung getragen werden. Radio Sofia erklärte, die Diskussion habe völlige Uebereinstimmung gebracht. Das ensprechende Beispiel völliger Gleichschaltung brachte auch der anschliessende Besuch Iljichews in Prag.

Schiffahrt

SBZ

Ersatz für die Mauer

Erst im April 1962 hat die Sowjetzonen-Regierung bereits im Dezember 1961 angeordnete Massnahmen «Zur Sicherung eines störungsfreien Ablaufs der friedlichen Seeschiffahrt» veröffentlicht. Das «Recht auf friedliche Durchfahrt» der sowjetzonalen Hoheitsgewässer ist danach von der Voraussetzung abhängig, «nicht den Frieden, die öffentliche Ordnung oder die Sicherheit der DDR zu gefährden». Das Recht auf Durchfahrt wird verwirkt, wenn es «zur Abwerbung von Bürgern der DDR ausgenutzt wird». Auch der blosse Versuch einer solchen Handlung löst Zwangsmassnahmen aus.

Die Sowjetzonenmarine ist zur Kontrolle aller Besatzungsmitglieder und Passagiere berechtigt und kann das Einlaufen eines jeden Schiffes in einen bestimmten Hafen erzwingen.

«Vorläufig sichergestellt» werden Schiffe, die «entgegen den Vorschriften» Personen an Bord nehmen oder «gesetzwidrig» Verbindung mit «der Küste oder den Inseln der DDR und anderen Wasserfahrzeugen» herstellen. Die Sowjetzonenmarine nimmt das Recht der «Nacheile» in Anspruch, d. h. sie verfolgt bei Verdacht eines «Gesetzesverstosses» Schiffe auch über die Hoheitsgrenze hinaus.

Der blosse Verdacht genügt zur Auslösung aller Kontrollmassnahmen.

Beabsichtigt ist mit dieser Verordnung in erster Linie, Schiffe westlicher Länder davon abzuhalten, über See flüchtende Bewohner der SBZ an Bord zu nehmen.